

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 18

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

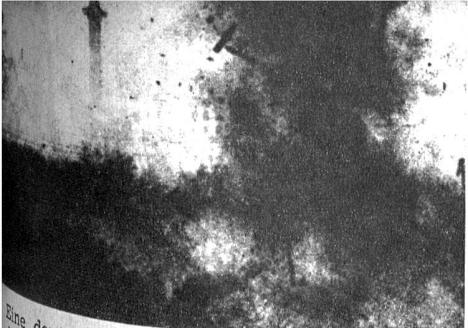
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

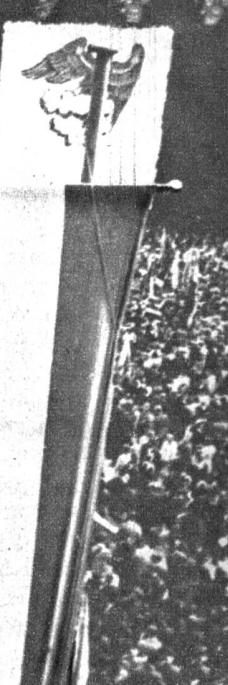
Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



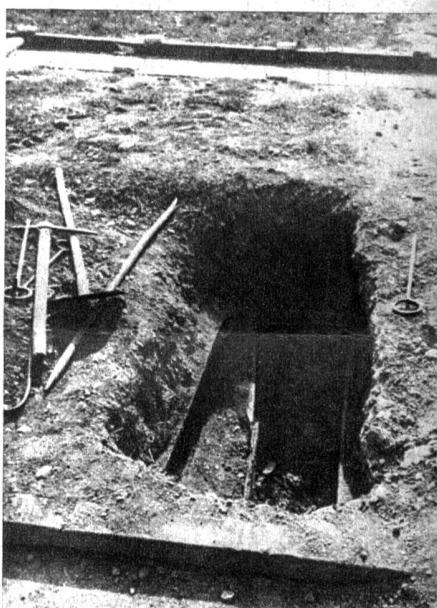
Eine deutsche Zeitbombe, ein Blindgänger, den die Londoner Bevölkerung «Annie» taufte, hat die ständigen Beobachter beunruhigt, als plötzlich das Uhrwerk wieder zu ticken begann. So zogen die «Royal Engineers» die Sprengung von aussen. Unser Bild vermittelt einen Begriff von der verheerenden Wirkung einer solchen Bombe. (ATP)

Rechts: Oesterreich ruft Südtirol! In einer mächtigen Kundgebung, aus allen Landesteilen Österreichs, vor allem aus den vielen Tiroler Tälern besucht, wurde in Innsbruck die Rückgliederung von Südtirol an Oesterreich gefordert. Bundeskanzler Figl konnte 155 000 Unterschriften Südtirolern zugunsten der Vereinigung übergeben werden. (ATP)



Links:

Den revoltierenden politischen Gefangenen im San Vittore-Gefängnis in Mailand, die eine Anzahl von Geiseln in ihre Gewalt brachten, verlor die Polizei allein nicht beizukommen, wiewohl sie, wie man sieht, mit Tanks aufrückten. Nach harten Kämpfen haben sich die Gefangenen jetzt ergeben. (ATP)



Rechts:

Faschisten haben aus dem Mailänder Friedhof, mit einem dortigen Wärter zusammenarbeitend, den Leichnam Mussolinis entführt. Unser Bild zeigt das leere Grab des Duce mitsamt den Werkzeugen. (ATP)



Die Aussenministerkonferenz in Paris

In der Salle Victor Hugo im Palais du Luxembourg tagen die Aussenminister der Vereinigten Staaten, Englands, Russlands und Frankreichs zur Abklärung schwelender Fragen. Wir zeigen die vier Delegationen am Verhandlungstisch. Links Russland mit Aussenminister Molotow. In der Mitte die Vereinigten Staaten unter Führung von Staatssekretär Byrnes. Rechts Frankreich mit Aussenminister Bidault als Delegationschef und, mit dem Rücken zur Kamera, England, Delegationschef Aussenminister Bevin. (Photopress)

POLITISCHE RUNDSCHE

Die Parteien werben

-an. Am kommenden Samstag und Sonntag wird im Kanton Bern gewählt. Es sind die Wahlen, denen man zum vornherein eidgenössische Bedeutung zuspricht, und es wird von ihrem Ausgang schon auf die möglichen Ergebnisse der nächsten Nationalratswahlen geschlossen. Gibt es bei uns einen «grossen Rutsch», muss auch auf dem gesamtschweizerischen Boden ein entsprechendes «Erdbeben» erfolgen. Stehen wir aber hier im volksreichsten Kanton «stabil» da, dann ist eine ähnliche Stabilität auch im ganzen Lande zu erwarten. Natürlich abgesehen von einigen vulkanischen Gebieten, wie etwa Genf, wo nun einmal ein besonderes Klima herrscht, und abgesehen von den Landstrichen, die ihren typischen konservativen Charakter kaum merkbar ändern werden. Aber für den Grossteil des Landes wird Bern zum voraus ein ungefähres Abbild bieten.

Die Parteien werben eifrig um den Bürger, und man darf dabei sagen, dass die Hitzigkeit des Kampfes zwar gegenüber früher nicht nachgelassen, dass aber die demagogischen Niederträchtigkeiten nicht zur traurigen Regel werden, wie sie das oft genug wurden. Natürlich lässt man am Gegner nicht manchen guten Faden. Natürlich wird man versuchen, seine Schwächen anzuprangern, und ebenso natürlich geht man mit dem Selbstlob nicht sparsam um. Das sind Dinge, die eigentlich nur deshalb ziehen, weil der Bürger nicht immer reif genug ist, um ohne solche Mittel seinen Weg zu finden. Im Grunde geht es aber allenthalben nur um die Stimmen der schwankenden Zwischenschichten, die nicht genau wissen, wem sie eigentlich zugehören.

Man hat oft genug beklagt, dass die *Verwandlung der einstigen «weltanschaulichen Parteien» in eigentliche «berufsständische Parteien» die alten politischen Ideale auf den Aussterbe-Etat gesetzt hätten*. Die freisinnige Partei zumal, die über den Berufsgruppen stehen und den Blick aufs Ganze bewahren will, bedauert die immer eindeutigere Vorherrschaft der «Interessenparteien». Dagegen lässt sich sagen, dass die Stabilität der politischen Machtverhältnisse nicht darunter leidet, dass sich der Bauer und Bürger heute *beinahe als seiner Partei stimmpflichtig betrachtet*, weil er eben Bauer oder Gewerblor ist, und dass die Arbeiter in der grossen Mehrzahl überzeugt sind, ihrer naturgegebenen Partei zu stimmen, wenn sie die Liste der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei einlegen. Das wird nach und nach zu einem Zustand führen, welcher zum vornherein die Mandatzahlen, die jeder dieser beiden Parteien zufallen müssen, nach der Berufsstatistik vorausberechnen lässt. Es erhebt sich nur die Frage, ob wir damit nicht schliesslich einfach bei einem «berufsständischen Parlament» landen.

Immerhin sind wir nicht so weit. Und wenn beispielsweise die «Jungbauern» sich heute bemühen, ihre unverhohlenen Sympathien für gewisse Anfangserrungenschaften des «Dritten Reiches», als die KZ-Greuel und der Zusammenbruch noch nicht erwiesen waren, mit allerlei Bleichmitteln auszulöschen, und wenn die PdA-Kommunisten sich als einzige wirklich «weltanschauliche Partei zur Linken» aufführen, ist der Beweis geleistet, dass immer noch derlei nichtberufliche Parteien auferstehen können, von der alten KK-Partei ganz abgesehen.

Die Aussenminister tagen

In Paris sitzen die vier Aussenminister beisammen: Byrnes, Bevin, Molotow und Bidault. Sie haben die Türen,

wie letzten Herbst in Moskau, ziemlich dicht verschlossen. Der Presse wird weniger anvertraut als seinerzeit in London. Sie gebärdet sich darum auch weniger nervös, und da zudem die Hoffnungen auf einen Erfolg zum vornherein niedrig geschraubt wurden, weht nicht um alles, was an Tatsachen bekannt wird, auch sogleich die Atmosphäre der verzweifelten Ausweglosigkeit. Man nimmt allerhand hin, was vordem untragbar geschienen. Man weiss, dass grosse Differenzen bestehen, wittert aber nicht sogleich in einem möglichen Abbruch dieser Zusammenkunft den hereimbrennenden «dritten Weltkrieg». Das ist nur gut so. Natürlich steigen als Begleiterscheinung der Konferenz allerlei Zeitungsenten auf, die vielleicht mehr sind. So hat ein amerikanischer Publizist linker Richtung in seinem Blatte behauptet, die amerikanische Luftwaffe in Europa sei heute mit gänzlich neuen Superfestungen ausgerüstet, habe auch Jäger allerneuster Konstruktion und führe eine Menge von Atombomben mit sich. Kurz und gut, sie besitze die Ausgangsbasen und Mittel, um einen «Atomblitzkrieg» gegen Russland zu starten, wann und mit welchen Kräften sie auch wolle. Das amerikanische Kriegsministerium ist angefragt worden, ob die Ausführungen dieses Mr. Ingersoll der Wahrheit entsprächen. Aber die verantwortlichen Herren lehnen jede Auskunft ab. Nun weiss man nicht recht, was wichtiger an der Sache sein könnte, ob die Ausführungen Ingersolls oder die verweigerte Auskunft.

Spricht Ingersoll im Namen Russlands, dessen Presse natürlich, wenn die Regierung es befiehlt, sogleich nachdrückt, was der Amerikaner geschrieben, und die dann den russischen Altdruck verstärkt, sobald der Kreml für gut findet, daraus Propagandaargumente für die eigene Bewaffnung und Ausrüstung zu holen? Verweigern die amerikanischen Militärs die Auskunft, um die Russen im Ungewissen zu lassen und ihnen ernstlich zu zeigen, dass «alles möglich» sei, falls sie sich an der Pariser Konferenz nicht endlich so aufführen, wie die führende Weltmacht, die USA, dies wünschen? Man sieht auf jeden Fall einen: Die Konferenz wird sich nicht beklagen dürfen über die Abwesenheit jener Druckfaktoren, mit deren Hilfe man Entschlüsse zu reifen versteht, die andernfalls nur schwer gefasst würden.

Eine andere Nachricht hat in Europa mehr interessiert als die Ingersollsche «Bomben-Bombe», nämlich der Plan von Byrnes, Oesterreich das «Statut eines befreiten Landes» zu geben, was die Räumung des gesamten Gebietes durch die Truppen der vier Mächte bedingen würde. Voraus ging die Nachricht, dass endlich die Grenzen zwischen den vier Zonen geöffnet werden sollen. Das wird für das arme Land eine wahre Erlösung bedeuten. Können doch endlich die Wiener und Wiener-Neustädter auf Zufuhren aus den reichen landwirtschaftlichen Gebieten hoffen.

Molotow soll bemerkt haben, der Byrnes-Plan komme ihm einigermassen überraschend, und er müsse sich die Sache zunächst einmal überlegen. Das heisst, dass die Antwort Russlands im Kreml selbst beraten werden muss. Deutet vielleicht die Umgruppierungen der Russen in Ungarn, die einen Abtransport grosser Bestände in die Heimat anzuzeigen scheinen, darauf hin, dass die Russen in Ungarn nur Platz schaffen wollen für die Armee, die heute in Oesterreich steht? Oder ist es wirklich so, dass der ungarisches Aussenminister Nagy in Moskau die Herabsetzung der Besetzungsarmee gegen das Versprechen erreicht hat, den aussenpolitischen Kurs Ungarns getreu prorussisch zu gestalten? Es wird in nächster Zeit auskommen, was die Russen eigentlich vorhaben.

Die Beratung des Friedensvertrages für Italien

wird als das wichtigste Traktandum der Pariser Konferenz genannt. Ueber den Fortgang des bisherigen Marktens ist wenig bekannt geworden, und die eigentlichen Komplikationen werden erst noch erwartet. Solange man nur über die *Verteilung der Kriegsflotte diskutiert*, die den vier Siegermächten proportional ihren Ansprüchen zugeteilt werden soll, kann es nicht zu prinzipiellen Zusammenstössen kommen. Die Russen werden einige der grossen und kleinen Einheiten vermutlich den Jugoslawen schenken oder verkaufen, je nachdem. Das sind keine Schwierigkeiten erster Ordnung.

Allein es warten auf die Erledigung die *Triestinerfrage*, die *Frage des Südtirols*, der *afrikanischen Kolonien Italiens und des Dodekanes*, den England längst als griechisches Territorium anerkannt hat. Die Russen aber verlangen die Abtretung eines Hafens, welchen sie in einen Flotten- und Luftstützpunkt verwandeln wollen. Man kann sich unter gar keinen Umständen vorstellen, dass die anglo-sächsischen Mächte, von Frankreich sekundiert, diesem Begehrn Raum geben werden.

Ebensowenig wird eine *russische Treuhänderschaft über Tripolitanien zugestanden* werden können. An der britischen Empire-Konferenz in London verlangten Australien und die Südafrikanische Union, dass das Mittelmeer als Anfahrtsroute, die England mit Asien und Australien verbinde, keiner fremden Macht ausgeliefert werden dürfe. Südafrika insbesondere betrachtet den Nordrand des Kontinents als die äussere Grenze seines Gebiets, die gehalten werden muss. Sein Premier Smuts steht gewissmassen als warnender Beobachter hinter Bevin, für den Fall, dass er die Empireinteressen nicht mit genügender Energie vertheidigen sollte.

Man macht sich nun freilich auf einen russischen Rückzug aus dem Kreise dieser «äussern Ansprüche» gefasst, und zwar, wenn die neuesten Wendungen in der russischen Einstellung gegenüber Italien richtig gedeutet werden, auf einen Rückzug zugunsten Italiens. Als die Amerikaner jüngst vorschlugen, die *Waffenstillstandsbedingungen für die Italiener abzuändern*, das heisst, milder zu gestalten, kam fast unmittelbar darauf eine zustimmende Antwort aus Moskau. Dass *Triest heute ebenfalls nur noch ein Marktobjekt Russlands* zu sein scheint, ist hier schon angedeutet worden. Denn: *Italien marschiert zusehends links*. Den *fascistischen Aufstandsversuch im Gefängnis San Vittore zu Mailand*, welchem die *Entführung der Leiche Mussolini* folgte, antwortete nicht nur der energische Einsatz von Truppen und modernen Grosskampfwagen durch die Regierung, sondern vor allem auch der einhellige Generalstreik der Mailänder Arbeiter. Am vergangenen Sonntag erklärte sich schliesslich die ungeheure *Mehrheit der «christlich-sozialen» Partei für die Republik*. Die Könnigsfamilie will vermutlich nach der Schweiz verreisen. Eisenhower hat für diesen Fall vorsorgliche Massnahmen angebefohlen. Einem derart nach links marschierenden Italiens steht der Kreml sehr positiv gegenüber. Es würde keinen wundern dürfen, wenn das italienische Begehrn, zu Tripolitanien, Erythrea, Somaliland und die Cyrenaika zu behalten, zuerst die russische Unterstützung erhielte, ebenso sein Verlangen, die Brennergrenze behalten zu dürfen.

Im weiteren Rahmen betrachtet, gliedert sich die russische Politik gegenüber dem «brodelnden Italien» in die ganze Kette von bedachtsamen Aktionsreihen ein, welche sich an der ganzen Peripherie des russischen Reiches abspielen. Im heute fast geräumten Aserbeidschan scheint die dort ausgebildete «tartarische rote Armee» das Heft ziemlich fest in den Händen zu halten. Im angrenzenden *Kurdistan* operieren Freischaren, um von Teheran gebilligt werden müssen. Im übrigen Persien

wird sachte auf die Wahlen hin gearbeitet, in welchen ein grosser Erfolg der «Tudeh-Demokraten», also der Russlandfreunde, gar nicht so unwahrscheinlich ist. Denn der *Premier Sultan* (nicht Saltaneh) ist gegen die rechtsgerichteten Staatsstreichelemente in den bisher geräumten Nordprovinzen mit Verhaftungen vorgegangen und gibt sich überhaupt den Anschein, als bestehe seine versprochene Freundschaft gegenüber den Russen in der Einleitung eines ausgesprochenen Linkskurses.

Was die *arabischen Forderungen* angeht, sind sie seit der endgültigen Räumung Syriens irgendwie in ein Stadium des Abwartens getreten. Die *Aegypter* warten auf die britischen Versprechen, *Kairo* und *Alexandrien* zu räumen, die *Cyrenaika* als «Flankenschutz» abzutreten, den *Sudan* Aegypten als Alleinbesitz zu überlassen und die Suezfrage so zu lösen, dass nicht britische, sondern ägyptische Truppen den Schutz dieses internationalen Durchgangspunktes erster Ordnung garantieren. Ein solches Maximalprogramm der Aegypter stösst natürlich in London und im gesamten Empire auf Widerstand, und es ist begreiflich, wenn die Dominien samt dem Mutterland dem Nilland nur dann so weit entgegenkommen würden, falls es sich entschlösse, selbst ein «ewiges Bündnis» mit London einzugehen.

Die *jüdische Frage* scheint unlösbar zu sein. Die illegale Einwanderung von Flüchtlingen aus Europa dauert an. Man weiss nicht, ob die Engländer diese «Untergrundbahn», wie die zionistische Propaganda sie nennt, mit ganzem Ernst lahmzulegen suchen, oder ob sie gewisse Lücken offen lassen, um eine Entwicklung zu fördern, welche die Araber nachher als de facto-Zustand anerkennen müssten. Entschlüsse hat man in London keine gefasst, und auch die USA haben sich zu nichts Endgültigem verpflichtet, obgleich sie den Juden mehr Entgegenkommen zeigen als England, das den Arabern gegenüber Versprechungen einging und sie nun halten soll.

Sowohl in der ägyptischen als in der Palästinafrage wird mit aller Deutlichkeit offenbar, dass die Araber auf die russische Hilfe bauen dürfen, dass sie aber nur zögernd auf die Sympathieerklärungen eingehen, die ihnen sporadisch aus Moskau gesandt werden. Die allgemein gehaltenen Sprüche des Moskauer Senders, der von Zeit zu Zeit das Recht der Kolonialvölker auf ihre Freiheit verkündet, stehen irgendwie im Widerspruch mit den Ansprüchen auf Tripolis — für Russland selbst oder für Italien — und neuerdings auch mit der pro-russischen Kurdenbewegung, welche im Irak zu einer Teilmobilmachung und zur Besetzung der gefährdeten Nordgrenze geführt hat. Die Dinge stehen so, dass England sich die Araber heute noch sehr leicht zu dauernden Freunden und «Puffern» gegen Russland machen kann, wenn es — die Juden opfert! Dass aber auch Russland Chancen hat, die Araber zu gewinnen, wenn England im Nahen Osten nicht zugestehet, was die arabischen Führer fordern. Die *Unabhängigkeit Transjordanien*, die vor einigen Wochen in London vertraglich besiegt wurde, bedeutete eine wichtige britische Abschlagszahlung an «Pan-Arabien». Dass England vielleicht diesem «unabhängigen Staate» eine wichtige Rolle in der *Niederhaltung seines Rivalen Ibn Saud* zudenkt, ergibt sich aus dem *Plane, die Polenarmee Anders dauernd im Ostjordanlande zu stationieren*. Das sind verschlungene, aber englische Wege — und Moskau dürfte hier noch allerlei zu lernen haben.

Genau so wie es im Fernen Osten zu lernen hatte und noch lernt. Die *Besetzung der Mandschurei* ist nun beinahe aufgehoben. Die chinesisch-amerikanische Druckpolitik hat sich scheinbar zuungunsten der Russen durchgesetzt. Dafür haben die pro-russischen Kommunisten von Tschangschun, Charbin und Tsitsikar Besitz ergriffen und auch die Kirin-Provinz faktisch in ihre Hände gebracht. Das russische Bestreben, nicht selbst, sondern mit Freundeshilfe zu operieren, ist deutlich erkennbar.